SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG **Drucksache 20/4972**
20. Wahlperiode 26. Oktober 2026

Kleine Anfrage
des Abgeordneten Marc Timmer (SPD)
und Antwort
der Landesregierung – Ministerin für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz (MLLEV)

Umsetzung der Kieler Erklärung zur Ostseekooperation in Schleswig-Holstein

Die Landesregierung hat 2022 die Kieler Erklärung „Für eine nachhaltige und prosperierende Ostseeregion 2030“ mit konkreten Handlungsfeldern und Zielen vorgelegt.

1. Was ist in den einzelnen Handlungsfeldern der Erklärung bereits umgesetzt worden und wie, was ist bis 2030 noch geplant?

   Antwort:
   Es wird auf die Sachstände in der Anlage verwiesen.

2. Wie ist die Erreichung der Ziele der einzelnen Handlungsfelder finanziell und personell unterlegt?

   Antwort:
   Die Umsetzung der spezifischen Handlungsfelder der Kieler Erklärung erfolgt in ressortübergreifender Zusammenarbeit oder einzeln im jeweils zuständigen Fachressort und wird im Ostseereferat gebündelt.
   Für die Koordinierung aller Ostseeangelegenheiten des Landes stehen dem

Referat für Ostseeangelegenheiten im MLLEV (IX 41) insgesamt 2 VZÄ in der Laufbahngruppe 2.2 sowie 2,1 VZÄ in der Laufbahngruppe 2.1 zur Verfügung. Daneben gibt es im Referat befristet weitere Personalstellen in Höhe von 1,5 VZÄ, die aus Drittmitteln für die Koordinierung von Interregprojekten finanziert werden.
Für ostseepolitische Veranstaltungen, Netzwerktreffen und Jugendeinbindung standen in den letzten Jahren jährlich über 100 T€ zur Verfügung. Hinzu kamen Fördermittel für Anschub- und Kofinanzierung von Projekten mit anderen Ostseeakteuren in Höhe von 64 T€ pro Jahr.
Daneben kann das MLLEV für die Themen Kultur und Wasserstoff auch auf Drittmittel aus EU-Projekten zugreifen.

Personell sind unter anderem das MBWFK, das SHIBB, das IQSH und die beteiligten Schulen eingebunden. Konkrete Angaben zum Personalbedarf und zur Gesamtfinanzierung liegen nicht vor. Die internationale Jugendarbeit und das Ostseejugendbüro beim Landesjugendring werden durch das Land gefördert. Für den grenzüberschreitenden schulischen Austausch und Jugendbegegnungen im Ostseeraum werden u. a. Landesmittel sowie das EU-Programm Erasmus+ genutzt.

Die Umsetzung des HELCOM Baltic Sea Action Plan erfolgt durch das MEKUN im Rahmen bestehender Personal- und Finanzressourcen. Zum strategischen Auf- und Ausbau sowie operativen Betrieb vom MUNIMAR sind sowohl personelle (1,5 VZÄ) als auch Haushaltsmittel bewilligt.

Die bisherigen Aktivitäten im Handlungsfeld „Nachhaltiges öffentliches Beschaffungswesen“ wurden im Rahmen der regulären Aufgabenwahrnehmung der GMSH und des KNBV durchgeführt. Die Beteiligung an den Austauschformaten und die Organisation der Veranstaltungen erfolgten überwiegend digital. Damit ist bei den o.g. Stellen bislang kein nennenswerter zusätzlicher finanzieller und personeller Aufwand verbunden gewesen.

Die Sicherstellung des grenzüberschreitenden Schienenpersonennahverkehrs wird im MWVATT begleitet. Hierfür zahlt das Land Schleswig-Holstein über die Verkehrsverträge für die Relation Flensburg–Padborg pro Jahr ca. 1.000 T€ (2025: 1.068 T€) und für die Relation Niebüll–Tønder pro Jahr ca. 900 T€ (2025: 896 T€) aus Regionalisierungsmitteln. Hinzu kommen Zuschüsse zur Streckenmodernisierung auf der Strecke Niebüll–Bundesgrenze, u. a. zur

Geschwindigkeitserhöhung, für den Ersatz von Eisenbahnbrücken und zur Modernisierung von Bahnhöfen (2023: 250 T€, 2024: 2.772 T€).
Der Landesanteil zur Finanzierung des Dialogforums Feste Fehmarnbeltquerung beträgt pro Jahr ca. 50 T€.

3. Wie sieht der konkrete Zeitplan für die Erreichung der Ziele in den einzelnen Handlungsfeldern aus?

   Antwort:
   Die Landesregierung orientiert sich bei der Erreichung der Ziele am Handlungskonzept Ostseekooperation 2022-2030, das zur Zeit evaluiert und für die Fortschreibung angepasst wird. Aus der Evaluation ergeben sich dann die weiteren Schritte. Unabhängig davon sind einige der Punkte in der Kieler Erklärung Daueraufgaben, die fortlaufend zu berücksichtigen sind.

4. Schleswig-Holstein hatte 2024/2025 den Vorsitz der BSSSC. Welche politischen Akzente hat die Landesregierung während ihres Vorsitzes gesetzt, wie hat sie diese in der Folge weiter vorangetrieben und was ist bis 2030 weiter geplant?

   Antwort:
   Schwerpunkte des BSSSC-Vorsitzes waren der Einsatz für eine ausreichende EU-Finanzierung für die Kohäsionspolitik (Interreg) nach 2027, die Bekämpfung von Desinformation, Aufbau von Medienkompetenzen und Künstliche Intelligenz, mehr Jugendbeteiligung in der Ostseepolitik und gesellschaftliche Resilienz durch Kultur mit Unterstützung des Interreg-Projekts „BSR Cultural Pearls“. Weitere Punkte waren Munitionsaltlasten in der Ostsee, Offshore-Windenergie sowie nachhaltige und sichere Verkehrswege (z.B. Dual-use im Schienenverkehr).

   Vorangebracht wurden diese Schwerpunkte in Form von zwei großen internationalen Netzwerkkonferenzen (in Kiel und in Sopot / PL) mit jeweils ca. 200 Teilnehmenden aus dem gesamten Ostseeraum sowie in Resolutionen und Positionspapieren, die an die relevanten Akteure im Ostseeraum sowie an die EU-Ebene adressiert wurden. Die vier Board-Sitzungen pro Jahr wurden stets mit weiteren Austauschformaten mit externen Gästen zu den Schwerpunktthemen verknüpft. Zudem wurde die Jugendbeteiligung u. a. durch die aktive Einbindung der Jugendlichen in die Konferenzen und Board-

Sitzungen deutlich intensiviert. Zweimal jährlich findet ein mehrtägiger Workshop statt, in dem die Jugendlichen die ostseerelevanten Themen diskutieren, um sie in die Konferenzen und Sitzungen einbringen zu können. Die Landesregierung hat die BSSSC Youth Events in seiner Vorsitzzeit sowohl inhaltlich als auch finanziell unterstützt und z. T. auch in Schleswig-Holstein ausgerichtet (z. B. Nordkolleg Rendsburg 2024).

Schleswig-Holstein hat in seiner Vorsitzzeit die Zusammenarbeit mit der EU-Ostseestrategie optimiert, z. B. durch die Einführung des neuen Formats „BSSSC Day of Cities and Regions“, und über dieses Engagement auch neue engagierte Regionen (aus FI, EE, SE) für die Zusammenarbeit im Rahmen des BSSSC-Netzwerks gewinnen können. 2026 wurde der Vorsitz an die Region Vidzeme in Lettland übergeben, die die Themen der Kooperation erfolgreich weiterführt, wobei der Fokus bedingt durch die geopolitische Situation insbesondere auf gesellschaftlicher Resilienz, ziviler Vorsorge, hybriden Bedrohungen und dem Schutz kritischer Infrastruktur liegt. Aber auch Jugend, Kultur und Verkehr sind Teil des aktuellen Arbeitsprogramms[1] und der BSSSC-Strategie 2030[2].

5. Schleswig-Holstein hat 2025 die Fehmarnbeltdays in Lübeck ausgerichtet. Inwiefern hat die Landesregierung die Organisation und Durchführung dieser Veranstaltung genutzt, um die Ziele der Kieler Erklärung in den einzelnen Handlungsfeldern voranzubringen und was ist seitdem politisch weiter vorangebracht worden und wie?

   Antwort:
   Die Fehmarnbeltdays (FBD) 2025 wurden genutzt, um die Ziele der Kieler Erklärung in ihren drei übergeordneten Handlungsfeldern öffentlich sichtbar zu machen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu stärken. Dabei trafen sich nicht nur Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft auf einer internationalen Fachkonferenz, sondern auch die Öffentlichkeit nutzte die FBD 2025, um mit Fachleuten direkt ins Gespräch zu kommen. Das Bürgerfest machte grenzüberschreitende bzw. europäische Zusammenarbeit für die Öffentlichkeit erlebbar (verstärkt auch durch die Einbindung der Medien wie NDR und der Offene Kanal Lübeck). Dabei wurden Themen wie gesellschaftliche Resilienz, Sicherheit, klimafreundlicher

1 https://www.bsssc.com/workplans (Stand 22.10.2026)

2 https://28c72b3c-2084-4037-833d-e7d1ce520f69.filesusr.com/ugd/0d7ed5_0f7b3211e97f464c9bf88f6cdb3f4c99.pdf (Stand 22.10.2026)

grenzüberschreitender Verkehr, Munitionsaltlasten, die grüne Transformation sowie Jugendbeteiligung im Rahmen der Ostseekooperation auf den FBD 2025 in verschiedenen Formaten diskutiert.
Insbesondere die Einbindung der Jugend hat sich auf den FBD 2025 als sehr erfolgreich erwiesen. Neben Diskussionsformaten, die von politisch engagierten Jugendlichen organisiert wurden, und einer deutsch-dänischen Jugendkonferenz, die back-to-back mit der Fachkonferenz stattfand, haben sich zahlreiche Projekte im Bildungs- und Kulturbereich unter Beteiligung von Jugendlichen vorgestellt.
Zudem wurde ein Positionspapier des Fehmarnbelt Komitees zum grenzüberschreitenden Schienenpersonenverkehr auf den FBD 2025 unterzeichnet.

Die Themen werden auch weiterhin in den bestehenden Ostseenetzwerken sowie im deutsch-dänischen Kontext weiterverfolgt.

Sachstände Kieler Erklärung

1. Wir wollen die Ostseekooperation politisch stärken und sichtbarer machen

- Die Zusammenarbeit im Ostseeraum braucht gerade jetzt stärkere politische Führung. Wir bitten die Vorsitzenden der Ostseeinstitutionen (CBSS, BSPC, BSSSC, BSC, HELCOM, UBC u. a) darum, stärker sichtbare politische Akzente zu setzen insbesondere bei der Entwicklung von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz, Klimaschutz und Erneuerbaren Energien sowie der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern.

  Sachstand:
  Alle genannten Institutionen haben am Baltic Sea Region Future Forum und den BSSSC Konferenzen teilgenommen. Sie haben zudem einen Beobachterstatus in BSSSC, befinden sich im regelmäßigen Austausch zu diesen Themen mit den anderen Ostseeinstitutionen und nehmen an den Vorstandssitzungen teil.
  Schleswig-Holstein hatte 2024/2025 den Vorsitz im Netzwerk der Subregionen des Ostseeraums (BSSSC) und konnte damit die Schwerpunkte der Kieler Erklärung in die transregionale Zusammenarbeit mit einbringen.
  Der Schleswig-Holsteinische Landtag übernahm 2025/2026 den Vorsitz der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC). Zu den Schwerpunkten zählten Jugendbeteiligung, Sicherheit, demokratische Resilienz und der Schutz der Ostsee. Zudem übernahm Schleswig-Holstein 2025 für zunächst drei Jahre das Generalsekretariat der BSPC.
  Ferner nutzt die Landesregierung die EU-Ostseestrategie und das Interreg-Ostseeprogramm, um regionale Anliegen in die Zusammenarbeit im Ostseeraum einzubringen. Seit mehreren Förderperioden hat Schleswig-Holstein den Vorsitz im Deutschen Ausschuss des Interreg Ostseeprogramms, und seit 2023 ist im MLLEV eine Nationale Kontaktstelle für die norddeutschen Bundesländer angesiedelt.

- Wir brauchen **mehr Frauen in Führungspositionen**. Wir werden die **Gleichberechtigung** in allen Handlungsfeldern der Politik für den Ostseeraum und die Schaffung zivilgesellschaftlicher Frauennetzwerke fördern. Wir

begrüßen die Wiederbelebung der Ostsee-Frauenkonferenz im Herbst 2022. Wir bekennen uns zur **paritätischen Demokratie** in allen Bereichen und zu einer gleichberechtigten Vertretung der Geschlechter in allen Führungspositionen, politischen Ämtern und Mandaten.

Sachstand:

Zur Zielerreichung des Handlungsfeldes trägt die institutionelle Förderung des Landesfrauenrats (LFR) bei, dessen zentraler Tätigkeitsbereich die Stärkung von Frauen in Politik und Gesellschaft ist. Die Umsetzung korreliert mit erklärten Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag 2022-2027, wie unter anderem die Stärkung von Frauen in der Kommunalpolitik durch geeignete Maßnahmen (Z. 2194-2197) und die Stärkung der Vereinbarkeit von Familie, Politik und Beruf (Z. 2193-2194). Zusätzlich wird das Thema der Sichtbarkeit der Kommunalpolitikerinnen gemeinsam mit den hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten bearbeitet. Darüber hinaus setzt sich der LFR mit der Frage der Repräsentation von Frauen in unterschiedlichen politischen Ämtern und Mandaten auseinander, entwickelt und führt Weiterbildungs- und Informationsangebote durch.

Mit der regelmäßigen Förderung u.a. des Landesfrauenrates Schleswig-Holstein e.V. (88 T€), des Landesverbandes Frauenberatung Schleswig-Holstein e.V. (167 T€) und des Frauennetzwerks zur Arbeitssituation e.V. (90 T€) unterstützt das Land verschiedene Strukturen zur Schaffung zivilgesellschaftlicher Frauennetzwerke, welche die Frauen in unterschiedlichsten Kontexten vernetzen, beraten und unterstützen.
Mehr Frauen in Führungspositionen und Mandaten:
Ebenfalls bereits im Koalitionsvertrag 2022-2027 wurde die Stärkung von Frauen in Führungspositionen durch entsprechende Maßnahmen vor (Z. 2201-2205) vereinbart. Das am 23.05.2023 verabschiedete Landesorganbesetzungsgesetz regelt, ergänzend zu den Vorschriften im Gleichstellungsgesetz zur paritätischen Besetzung von Gremienmandaten, die Besetzung von Aufsichts- und Geschäftsführungsorganen paritätisch. Die aktuelle Novellierung des Gleichstellungsgesetzes (KoaV Z. 2208-2209) sieht weitere Verschärfungen in diesem Bereich sowie Instrumente, um das

berufliche Vorankommen von Frauen bei Unterrepräsentanz zu fördern, vor. Als Gradmesser für den IST- Zustand und die langfristige Zielerreichung dienen die Gleichstellungs- und Gremienberichte sowie der Bericht zum Landesorganbesetzungsgesetz.
Das MLLEV hat zudem in seinen ostseepolitischen Veranstaltungen Workshops zu gleichstellungspolitischen Fragestellungen mit Partnern aus dem Bereich durchgeführt (BSRFF, FBD 2025) und den Austausch befördert. Außerdem hat die Baltic Sea Women's Online Conference „Solidarity & Gender Democracy", organisiert u. a. durch die HAW Kiel, den Landesbeauftragten für politische Bildung und den LFR, vom 29-30.09.2022 stattgefunden.

2. Die Ostseeregion soll zu einer Vorreiterin der grünen Transformation in Europa und darüber hinaus werden

Neue Technologien:

- KI-Technologien haben großes Potenzial, einen Beitrag zur grünen Transformation Europas zu leisten. Beispiele sind die Steuerung von Stromnetzen, automatische Datenanalysen bei der Nutzung und Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen oder auch die Routenoptimierung von Schiffen. Die Bestrebungen zur Förderung von KI-Technologie und auch Kooperationsmöglichkeiten zwischen den Ostseeanrainern sollten deshalb ausgebaut werden.
  Neben der grünen Transformation bieten KI-Systeme weiteren Nutzen für den Ostseeraum, wie etwa bei der Munitionsbeseitigung im Meer, für die Landwirtschaft oder auch im Gesundheitswesen. Auch hier bieten sich Kooperationen an, um das Fachwissen um diese Schlüsseltechnologie weiter auszubauen und den gesamten Ostseeraum zu einer KI-Vorzeigeregion werden zu lassen.

Sachstand:
Seit Ende 2024 haben Delegationsreisen unter der Leitung des Ministerpräsidenten oder des Ministers und Chef der Staatskanzlei in die baltischen Staaten, nach Finnland und nach Polen stattgefunden. Im Fokus

standen u.a. die Themen Digitalisierung (insbesondere Cybersicherheit und digitale Souveränität) und in Finnland und Estland auch die erneuerbare Energien sowie grüne Wasserstofftechnologien. Im Rahmen dieser Reisen wurden sowohl politische Gespräche – etwa mit der estnischen Digitalisierungsministerin und dem lettischen Wirtschaftsminister – als auch Unternehmensbesuche, beispielsweise bei Nortal und Elcogen, durchgeführt. Die Staatskanzlei kooperiert zudem im Bereich der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung mit verschiedenen Ostseeanrainerstaaten. Hervorzuheben sind hierbei die Zusammenarbeiten zwischen dem dänischen Unternehmen Netcompany und dem Amt Föhr-Amrum im Bereich der Prozessdigitalisierung von Verwaltungsverfahren. Außerdem führt die Staatskanzlei aktuell die Lösung X-Road ein. Es handelt sich hierbei um eine OpenSource-Lösung aus Estland. Mit dieser werden die Ziele der Registermodernisierung, den Datenaustausch zwischen den Behörden vollständig zu digitalisieren, umgesetzt. Gleichzeitig ist das Land Schleswig-Holstein dem Nordic Institute for Interoperability Solutions (NIIS) beigetreten, um darüber an der Weiterentwicklung dieser Lösung mitwirken zu können."

Nachhaltiges öffentliches Beschaffungswesen:

- Alle öffentlichen Beschaffungsstellen im Ostseeraum werden ermutigt, Vorbild für nachhaltige Beschaffung zu sein. Hierbei unterstützen wir durch die Bereitstellung von Informationen rund um zu beschaffende Materialien und Dienstleistungen. Der CO_2-Schattenpreis, welcher es ermöglicht, die CO_2 Emissionen mit einem monetären Wert in der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung einzubeziehen, verdient mehr Aufmerksamkeit und sollte im Zusammenhang mit dem Produktlebenszyklus betrachtet werden.

Sachstand:

Die Zentrale Beschaffungsstelle des Landes bei der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR (GMSH) und das Kompetenzzentrum für nachhaltige Beschaffung und Vergabe (KNBV) haben sich an verschiedenen Austauschformaten mit Vertreterinnen und Vertretern der Ostseeanrainerstaaten beteiligt. Unter anderem wurden gemeinsam mit dem Ostseerat (Council of the Baltic Sea States) Online-Netzwerkveranstaltungen

zu verschiedenen Aspekten der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung organisiert.
Im Mittelpunkt der Austausche standen insbesondere nachhaltige Beschaffungsprojekte und Produkte in den skandinavischen Ländern.
Ein Schwerpunkt der Austausche lag auch auf den organisatorischen Voraussetzungen für die erfolgreiche Umsetzung nachhaltiger Beschaffung, insbesondere der Rolle der Verwaltungsleitungen.
Ergänzend zu den bereits in der Antwort auf die Kleine Anfrage (Drucksache 20/1486) dargestellten Aktivitäten, nahmen die GMSH und das KNBV an der Interreg Europe Regionalkonferenz im Jahr 2024 sowie an der STRING Green Public Procurement Expert Group im Jahr 2025 teil.

Erneuerbare Energien:

- Wir werden gemäß den Prioritäten der deutschen Ostseerats-Präsidentschaft gemeinsam daran arbeiten, mit **Windenergie (off- und onshore)** im Ostseeraum wirklich etwas zu bewirken. Schleswig-Holstein ist eine der Pionierregionen in diesem Feld und kann seine Erfahrungen teilen. Wir unterstützen nachdrücklich die Idee der **Einrichtung eines „Baltic Offshore Wind Forum**“.

  Sachstand:
  Das „Baltic Offshore Wind Forum“ ist eine hochrangige Plattform für die Offshore-Windenergie in der Ostsee, die insbesondere im Rahmen der Präsidentschaft Deutschlands im Rat der Ostseestaaten (CBSS) organisiert wurde. Das Forum wurde gemeinsam vom Rat der Ostseestaaten, dem deutschen Auswärtigen Amt, dem dänischen Außenministerium und weiteren Partnern initiiert. Das Forum fand am 9. Mai 2023 in Berlin statt.

  Bei BSSSC gibt es einen Berichterstatter, der regelmäßig zu den aktuellen Entwicklungen in der Offshore-Branche im Ostseeraum auf den Vorstandssitzungen informiert (Federführung Pommern). Zudem hat der damalige Europaminister im März 2024 an der internationalen Offshore EDU Wind-Messe teilgenommen, welche durch die federführende Region Pommern

veranstaltet worden ist. Die Messe fokussiert die Fachkräftegewinnung- und Ausbildung der Branche.

Nachhaltiger Transport:

- Wir werden uns dafür engagieren, **grenzüberschreitende grüne Wasserstoffinfrastrukturen** zu entwickeln, um zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2040 beizutragen, beispielsweise mit der Umsetzung des Projekts GREATER4H gemeinsam mit der STRING-Kooperation und dem Ziel, entlang des Korridors Hamburg-Oslo mindestens 12 Wasserstofftankstellen für den Schwerverkehr zu errichten.

  Sachstand:
  Das EU-geförderte Projekt GREATER4H mit dem Ziel, zwölf Wasserstofftankstellen für den Schwerverkehr zwischen Hamburg und Oslo zu errichten, musste leider ergebnislos abgebrochen werden, weil der Markt keine wirtschaftliche Umsetzung ermöglichte.

- Anfang 2023 wollen wir die **Gründung einer grenzüberschreitenden Wasserstoffallianz** im Rahmen des STRING-Wasserstoffprojektes auf den Weg bringen, um einen dualen Ansatz für alternative Kraftstoffe (Elektrifizierung und grüner Wasserstoff) zu verwirklichen und den Verkehrssektor zu dekarbonisieren. Eine gemeinsame Entwicklung und Nutzung guter Praxisbeispiele unterstützen wir nachdrücklich.

  Sachstand:
  Mit dem Projekt H2ignite leitet das MLLEV ein Interreg-Nordseeprojekt, welches den Einsatz von Wasserstoff im Schwerlastverkehr untersuchen und fördern will. Anhand von vier Pilotprojekten werden Lösungen in der Nordseeregion getestet, evaluiert und die gewonnenen Erkenntnisse verglichen. Neue Geschäftsmodelle für den Einsatz von Wasserstoff im Schwerlastverkehr sowie regulatorische Rahmenbedingungen werden erforscht, und der transnationale Dialog wird gefördert.
  Wasserstoff war auch Thema in Gesprächen mit Dänemark und auf der MP-

Delegation nach Finnland und Estland. Die gewonnenen Erkenntnisse fließen auch in die Ostseekooperation ein.

- Wir unterstützen den Ausbau von Ladeinfrastrukturen für die **ostseeweite E-Mobilität**. Für einen erfolgreichen Ausbau sind vielerorts intelligente Ladelösungen gefragt. Das E-Highway-Projekt sollte als BSR-weites Unterfangen fortgeführt werden.

  Sachstand:
  Der Betrieb des E-Highways an der Bundesautobahn A1 in Schleswig-Holstein wurde Ende 2024 abgeschlossen. Der E-Highway war ein vom Bund finanziertes Pilotprojekt zur Erprobung innovativer Ansätze im Schwerlastverkehr. Die wissenschaftliche Auswertung des Feldversuchs kommt in wesentlichen Bereichen zu positiven Ergebnissen. Unabhängig davon wird die Technologie derzeit nicht weiterverfolgt, da sich die Rahmenbedingungen im schweren Straßengüterverkehr inzwischen deutlich in Richtung batterieelektrischer Fahrzeuge entwickelt haben.

- Wir werden die Dekarbonisierung der Schifffahrt fördern. Wir unterstützen die Erhöhung des Anteils **emissionsfreier Schiffe** auf der Ostsee und fordern einen **klimafreundlicheren Kreuzfahrttourismus**.

  Sachstand:
  Grüne Schifffahrtskorridore (Green Shipping Corridors) in der Ostsee sind emissionsfreie oder emissionsarme Seeverkehrsrouten zwischen zwei oder mehr Häfen, die eine bedeutende Rolle bei der Dekarbonisierung des maritimen Sektors einnehmen. Die Ostsee gilt als Vorreiter- und Testregion für saubere Kraftstoffe, Landstrom-Infrastruktur und länderübergreifende Kooperationen. Die rechtliche Grundlage basiert maßgeblich auf der internationalen Clydebank-Erklärung von November 2021, die im Rahmen der UN-Klimakonferenz in Glasgow / GB (COP26) verabschiedet wurde.
  In Schleswig-Holstein besteht bereits ein grüner Schifffahrtskorridor zwischen Lübeck-Travemünde und Trelleborg / Südschweden. Die Lübeck Port Authority (LPA) arbeitet gemeinsam mit schwedischen Partnern seit 2024 aktiv

daran, diese Fährverbindung bis 2040 vollständig klimaneutral aufzustellen.
Die Aktivitätsfelder des Green-Shipping-Korridors Lübeck–Travemünde–Trelleborg umfassen den Hinterlandtransport, den Hafenbetrieb mit Fuhrpark und Energieversorgung, die Schifffahrt sowie die Untersuchung von Geschäftsmodellen / Anreizen hinsichtlich der CO_2-Einsparung. Im Rahmen dessen wurden auch Landstromanlagen in den Häfen errichtet.
Das MWVATT hatte in Zusammenarbeit mit dem Bundeswirtschaftsministerium das Förderprogramm „Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Errichtung von Landstromanlagen in gewerblichen Häfen in Schleswig-Holstein“ Anfang 2021 veröffentlicht. Aus dieser Richtlinie wurden die Kreuzfahrtanleger und Fähranleger im Seehafen Kiel mit klima- und umweltfreundlichen landseitigen Stromversorgungsinfrastrukturen für Seeschiffe ausgestattet. Hierdurch werden bei Kreuzfahrtanläufen in Kiel die Emissionen während der Liegezeiten signifikant gesenkt.

- Wir unterstützen den Ausbau und die Verbesserungen der **Zugverbindungen** im gesamten Ostseeraum. Der Fehmarnbelt-Tunnel und eine deutlich verbesserte Schieneninfrastruktur sollen es 2030 ermöglichen, die Zugreisezeit von Hamburg nach Oslo von heute 14 Stunden auf 9 Stunden zu verkürzen.

  Sachstand:
  Bei den Schienenverbindungen nach Dänemark gibt es zum Fahrplan 2027 folgende Änderungen:
  Auf der Verbindung Hamburg–Schleswig–Kopenhagen verkehren ab März 2027 sieben ECE-Zugpaare (Hin- und Rückfahrt) täglich und damit ein Zugpaar mehr außerhalb der Saison als bislang. Darunter sind jeweils auch die zwei täglichen Direktverbindungen Kopenhagen–Prag über Hamburg und Berlin. Neu werden in Flensburg bis zu drei saisonale Zugfahrten pro Tag und Richtung zwischen Hamburg und Kopenhagen halten können.
  Weiterhin wird der grenzübergreifende Schienenverkehr modernisiert und die Strecken in Dänemark sowie zwischen Staatsgrenze und Flensburg Abzw. Friedensweg auf ETCS umgerüstet. Aufgrund des Umrüstungsstandes der

Fahrzeuge auf dänischer Seite, müssen die grenzüberschreitenden SPNV-Verbindungen ab Dezember 2026 für einen Übergangszeitraum eingeschränkt werden. Diese Einschränkung wird andauern bis die ETCS-fähigen Züge für das Netz voraussichtlich Mitte 2028 geliefert werden. Für diesen Zeitraum haben NAH.SH und DSB deshalb ein Übergangskonzept mit einem Schienenersatzverkehr mit Bussen zwischen Flensburg und Padborg vereinbart

Über die Planung des öffentlichen Nahverkehrs durch den Fehmarnbelttunnel laufen Gespräche der Landesregierung mit Dänemark. Der Schienenpersonenfernverkehr, mit dem unter anderem die genannte Reisezeit zwischen Hamburg und Oslo verkürzt wird, wird in Deutschland eigenwirtschaftlich erbracht. Die Planungen und Entscheidungen über das Verkehren dieser Angebote liegen daher bei den Eisenbahnverkehrsunternehmen. Die Eisenbahnverkehrsunternehmen sind für das Erreichen des Fahrtzeitziels auf die Fertigstellung der Festen Fehmarnbeltquerung und deren Schienenanbindungen angewiesen.

Auch im Rahmen der STRING-Kooperation setzt sich die Landesregierung für einen schnelleren Ausbau der Hinterlandanbindung und des Fehmarnsund-Tunnels ein. STRING setzt sich zudem auf schwedischer und norwegischer Seite für das Voranbringen der Gleisinfrastruktur ein.

Umwelt und Klima:

- Wir werden den **HELCOM Baltic Sea Action Plan** bis 2030 umsetzen.

Sachstand:

Die Umsetzung des HELCOM Baltic Sea Action Plans erfolgt in Schleswig-Holstein im Wesentlichen durch die Umsetzung des nationalen Maßnahmenprogramms der EU-Meeresstrategierahmenrichtlinie (MSRL) und des Aktionsplans Ostseeschutz 2030 (APOS 2030). Zur MSRL erfolgt die Berichterstattung in 6-jährigen Zyklen, koordiniert durch die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Nord- und Ostsee (BLANO). 2022 wurde das aktualisierte

Maßnahmenprogramm für den Zeitraum 2022-2027 vorgelegt[1].

- Wir werden auf mehr Schutzgebiete hinarbeiten, um den rapiden Rückgang der **Biodiversität** zu stoppen.

  Sachstand:

  Im Rahmen des Aktionsplans Ostseeschutz 2030 wurden im März 2026 drei neue marine Naturschutzgebiete in der schleswig-holsteinischen Ostsee („Ostseefläche Geltinger Bucht bis Schleimündung“, „Ostseefläche südliche Hohwachter Bucht“ und „Ostseefläche westlich Fehmarn“) ausgewiesen. Sie schützen Teile der wertvollsten hier vorkommenden Meereslebensräume und bilden ein bedeutendes Netzwerk für den Biotopverbund unter Wasser.

- Um die dringende Aufgabe der **Munitionsräumung** zeitnah zu lösen und damit einen wirksamen Beitrag zum Schutz der Ostsee für künftige Generationen zu leisten, fordern wir alle Mitglieder bestehender Ostseenetzwerke auf, sich hierfür gemeinsam mit der Unterstützung des Europarates und der Europäischen Union multilateral einzusetzen.
- Wir unterstützen die Forderung der Ostsee-Parlamentarierkonferenz und ihren Aufruf an alle Regierungen der Ostseestaaten, einen von der EU-Kommission kofinanzierten **Ostseefonds** einzurichten, um das Problem der **Munitionsräumung** anzugehen.
- Wir unterstützen die Initiative der Ostsee-Konferenz der Marinekommandeure (BCC), in Zusammenarbeit mit dem Ostsee-Sicherheitsbeirat für Kampfmittel (BOSP) und HELCOM eine strategische **Gemeinsame Konferenz von HELCOM und Ostsee-Marinen über alte Munition** einzurichten.

  Sachstand:

  Der Sachstand bezieht sich auf die zuvor aufgeführten drei Punkte der Erklärung.
  Seitens des MEKUN wurde 2024 gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer (IHK) und dem Helmholtzzentrum für Ozeanforschung GEOMAR das Zentrum für den Umgang mit Munition in der marinen Umwelt

1https://mitglieder.meeresschutz.info/de/berichte/massnahmenprogramm-art-13.html (Stand 22.10.2026)

(MUNIMAR) gegründet, welches die relevanten Expertisen und Aktivitäten in Schleswig-Holstein zur Beseitigung von Munitionsaltlasten bündelt und multilateral vorantreibt. Die Stakeholder werden vernetzt, die Zusammenarbeit zwischen Bund und Land zur langfristigen Munitionsräumung und der Wissenstransfer zu Munitionsdetektion und -bergung sowie dem begleitenden Umweltmonitoring vorangetrieben. Mit der langjährigen, fundierten Expertise im Themenfeld Munition im Meer unterstützte Schleswig-Holstein die Pilotbergungen im Sofortprogramm Munitionsaltlasten des Bundes und wird auch künftig hinsichtlich der langfristigen Munitionsbeseitigung aus Nord- und Ostsee integriert. Weitere Vernetzung ist national über den BLANO-Expertenkreis "Munition im Meer" und im Ostseeraum über die HELCOM Expert Group "Submerged" erreicht worden und wird auch künftig fortgeführt.

3. Wir setzen unübersehbare Zeichen gegen den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und stärken zugleich das „Wir-Gefühl“ in der Ostseeregion

- Wir unterstützen eine nachhaltige und integrative **Jugendzusammenarbeit** im Ostseeraum auf allen Ebenen und werden dazu beitragen, die **Beteiligung der Jugend an der Politikgestaltung durch das beim Ostseerat angesiedelte Jugendforum im Ostseeraum** als übergreifendes Dach für Jugendaktivitäten in der Ostseeregion zu intensivieren.

  Sachstand:
  Die Landesregierung setzt sich für mehr Jugendbeteiligung im Ostseeraum ein und unterstützt z. B. eine Institutionalisierung der Baltic Sea Youth Platform, die seit 2022 im Sekretariat des Ostseerats als feste Stelle verankert ist. Außerdem fand 2023 als Ergebnis des Baltic Sea Region Future Forums der 1. Baltic Sea Region Youth Hackathon mit ca. 40 Studierenden aus dem Ostseeraum an der TH Lübeck statt. Bis 2026 wurde dieses Format bereits vier- mal seitens der Landesregierung (MLLEV und StK) finanziell unterstützt und vom Ostseerat (CBSS) und der TH Lübeck organisiert.
  Daneben ist das Europaministerium an verschiedenen anderen Jugendformaten beteiligt. So richtete Schleswig-Holstein z. B. gemeinsam mit dem Landesjugendring das Europaministerium 2023 am Nordkolleg in

Rendsburg das BSSSC Spring Youth Event aus, an dem 25 Jugendliche aus dem Ostseeraum teilnahmen.
Während seines Vorsitzes in BSSSC 2024/2025 unterstützte das Europaministerium die aktive Mitwirkung junger Menschen an den Konferenzen und Gremiumssitzungen sowohl finanziell als auch durch thematische Begleitung.

- Wir werden **Schulaktivitäten und Schüleraustausch** rund um die Ostsee auf allen Ebenen der weiterführenden Bildung fördern, intensivieren und vereinfachen.

  Sachstand:
  Die Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen der Anrainerstaaten der Ostsee im Ostseeraum hat im Bereich der allgemeinschulischen Bildung weiterhin eine bedeutende Rolle für die Internationalisierung der Schulen in Schleswig-Holstein, insbesondere mit den direkten Nachbarstaaten Dänemark und Polen.
  Die Region Syddanmark ist dabei die zentrale Partnerregion in der regionalen deutsch-dänischen Bildungszusammenarbeit des Landes Schleswig-Holstein. Ein zentrales Element dieser Zusammenarbeit ist die jährlich stattfindende deutsch-dänische Lehrerkonferenz, die vom Regionskontor der Region Sønderjylland-Schleswig in Kooperation mit dem University College SYD und dem Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH) durchgeführt wird.
  Im Rahmen des Interreg-Programms Deutschland-Danmark werden über den Bürgerprojektefonds zudem deutsch-dänische Begegnungen in den Regionen Syddanmark, Sjælland sowie im nördlichen Schleswig-Holstein gefördert.
  Ergänzend kommt die digitale Austauschplattform eTwinning zum Einsatz. Zu deren Stärkung bietet das MBWFK in Kooperation mit der Nationalen Agentur Erasmus+ sowie der dänischen eTwinning-Agentur seit dem Freundschaftsjahr 2020 fast jährlich wechselseitige bilaterale Kontaktseminare für Lehrkräfte aus beiden Ländern an, um internationale Projekte anzustoßen.
  Beim Deutsch-Polnischen Jugendwerk (DPJW) werden die Programmkosten der deutschen und polnischen Teilnehmenden für die Begegnung in

Deutschland bezuschusst, außerdem die Reisekosten der deutschen Teilnehmenden für die Reise zu dem Ort der Begegnung in Polen. Im Jahr 2025 haben 16 schleswig-holsteinische Schulen an einem Austausch mit Schulen aus Polen teilgenommen und eine Unterstützung seitens des DPJW erhalten.

Zur gezielten Stärkung der Internationalisierung der Schulen in Schleswig-Holstein hat das MBWFK im Jahr 2021 ein landesweites Erasmus+-Konsortium im Bereich der Schulbildung eingerichtet. Dieses fördert die Mobilität von Lehrkräften, weiterem pädagogischem Personal sowie von Schülerinnen und Schülern im Rahmen von Gruppen- und Individual-austauschen in ganz Europa. Dem Konsortium gehören im Jahr 2026 120 allgemeinbildende Schulen, insbesondere von bisher im internationalen Austausch unterrepräsentierten Schularten, an.

Da Schulen Erasmus+-Austauschmaßnahmen auch eigenständig durchführen und gegenüber dem MBWFK keine Meldepflicht besteht, liegen der Landesregierung keine belastbaren Daten zu Umfang und Anzahl der im Rahmen schuleigener Erasmus+-Projekte realisierten Begegnungen vor.

In den nächsten Jahren ist eine Partnerschaft mit Estland auf schulischer Ebene geplant, die sich allerdings noch in einem sehr frühen Stadium befindet.

Darüber hinaus haben alle Schulen in Schleswig-Holstein die Möglichkeit einmal im Jahr ein Budget von 500 € pro Schulpartnerschaft für maximal zwei Schulpartnerschaften zu beantragen.

- Wir werden den **Austausch zur Medienkompetenz** in der Bildung intensivieren, da sie eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine aktive Teilhabe an der modernen Gesellschaft ist. Dabei lernen wir von unseren Nachbarländern und tauschen Erfahrungen auf dem Weg zu einem hochgradig digitalisierten Ostseeraum aus.

  Sachstand:

  Neben dem Ostseejugendbüro beim Landesjugendring Schleswig-Holstein wird der Austausch zur Medienkompetenz über den jährlich in Lübeck stattfindenden Baltic Sea Region Youth Hackathon gefördert. Außerdem

tauscht sich das MBWFK mit Estland zur Medienkompetenz aus. Dazu war im Sommer 2026 eine Delegation aus Estland in SH und es hat ein Netzwerkabend EdTech Estland stattgefunden.

- Wir werden die **wissenschaftliche Zusammenarbeit** intensivieren, mehr gemeinsame **Studienprogramme** ins Leben rufen und werben für die Idee eines „Ostseeregion-ERASMUS“-Programms.

  Sachstand:
  Die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ostseeraum ist für die Hochschulen Schleswig-Holsteins von besonderer Bedeutung und wird in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen 2026-2029 aufgegriffen. Zahlreiche Hochschulpartnerschaften, insbesondere im Rahmen von Erasmus+, fördern den Austausch von Studierenden und Beschäftigten sowie die Zusammenarbeit in Forschung und Lehre. Gemeinsame Studiengänge vertiefen diese Beziehungen, beispielsweise das seit April 2025 angebotene Master-Doppelabschlussprogramm im Bereich Betriebswirtschaftslehre der CAU und der Universität Roskilde. Kooperationen mit russischen Einrichtungen bleiben aufgrund des völkerrechtswidrigen Angriffs auf die Ukraine ausgesetzt.

- Wir glauben an die integrierende Kraft der **Kultur** und werden gemeinsame Projekte wie Ars Baltica und die **jährliche Verleihung eines Titels “Kulturperlen des Ostseeraums“ für Städte** als Alternative zur Europäischen Kulturhauptstadt fördern.

  Sachstand:
  Das Europaministerium engagiert sich in Projekten, die mehr Bürgerbeteiligung ermöglichen sollen und somit Resilienz und Demokratie stärken. Hier ist das durch das Ostseereferat koordinierte Interregprojekt BSR Cultural Pearls ein Vorzeigeprojekt, das auch auf EU-Ebene Beachtung gefunden hat. Das Projekt wurde für die Regiostars Awards 2026 nominiert und zählt EU-weit zu den besten fünf Projekten im Bereich „A Europe Closer to Citizens“. Das Projekt stärkt gesellschaftliche Resilienz, indem es Kultur

und Bürgerbeteiligung nutzt, um sozialen Zusammenhalt und die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Zivilgesellschaften zu fördern und so widerstandsfähiger gegenüber Krisen und Veränderungen zu machen. Das Projekt wurde von 2023-2025 aus dem Interreg-Ostseeprogramm gefördert und wird seitdem mit Unterstützung aller Ostseeanrainerländer fortgeführt. Im Rahmen des Projekts wird jährlich der „Baltic Sea Region Cultural Pearls"-Award an Kommunen vergeben, die ein besonders überzeugendes Programm für die Schaffung von Resilienz durch Kultur (z. B. niedrigschwellige kulturelle Angebote, Inklusion, kulturelle Teilhabe) für das Titeljahr vorlegen. Neben Kiel 2024 konnten die Städte Schleswig und Glücksburg sich 2026 unter einer Vielzahl an Bewerbern aus dem gesamten Ostseeraum durchsetzen. Auch für 2027 gibt es interessierte Kommunen aus Schleswig-Holstein, so haben sich Rendsburg und Oldenburg i. H. für das Titeljahr beworben.

- Unser Ziel ist es, die **Bürgerbeteiligung** in der Ostseekooperation zu erhöhen und Informationen über Aktivitäten effizienter zu verbreiten. Wir ermutigen die deutsche Ostseerats-Präsidentschaft dazu, gemeinsam mit den verschiedenen Ostsee-Akteuren im Frühjahr 2023 inspirierende und bürgerfreundliche **„Ostseetage"** in Berlin zu veranstalten.

  Sachstand:
  Der Versuch aller norddeutschen Länder, das AA im Rahmen der dt. Ostseeratspräsidentschaft von der Ausrichtung der „Ostseetage" wie in 2013 zu überzeugen, ist nicht geglückt. Die Landesregierung hat sich an allen Stellen dafür eingesetzt und wäre auch bereit gewesen, ein eigenes Programm in der Landesvertretung durchzuführen.
  Ein Leuchtturmprojekt für mehr Bürgerbeteiligung waren die Fehmarnbelt Days 2025. Schon 2023 gab es einen ersten Ansatz für mehr Bürgerbeteiligung, als die FBD auf dänischer Seite auf der Tunnelbaustelle in Rödbyhavn stattfanden. 2025 hatten die FBD mit 25.000 Besuchern auf dem Bürgerfest jedoch eine wesentlich größere Reichweite (vgl. Antwort zu Frage 5). Eine erneute Durchführung der FBD auf deutscher Seite in 2029 ist möglich.